



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Die Entente und Rußland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Entente und Rußland



Als es sich darum handelte, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, hätten die Anhänger dieses Grundsatzes geltend machen können, daß seine Verwirklichung das beste Mittel darstellte, Kriege, zum mindesten leichtfertig vom Zaune gebrochene Kriege, zu verhindern. Denn da das ganze Volk nun nicht nur mit Gut, sondern auch mit Blut in Mitleidenschaft gezogen werde, werde es sich auch das Recht nicht nehmen lassen, seiner Regierung auf die Finger zu passen und das Einhalten eines Kurses, der ins Verderben zu führen drohe, zu verhindern wissen. Die Erfahrung aber hat gezeigt, daß die Wirklichkeit viel zu kompliziert ist, als daß dergleichen durch Logik bestehende einfache Sätze anwendbar wären. Wenn man auch kaum behaupten kann, daß im zwanzigsten Jahrhundert noch Kriege leichtfertig vom Zaune gebrochen worden sind — die besondere Schwere des Weltkrieges ist zum Teil ja gerade eine Folge des jahrzehntelangen vorsichtigen Zuwartens gewesen — ist doch von einer wirklichen Kontrolle der Völker über die Regierungen in keinem Lande die Rede gewesen, und die allgemeine Wehrpflicht hat den schleunigen und katastrophalen Ausbruch des Krieges nicht zu hindern vermocht. Wohl aber wäre sie imstande gewesen, das Ende zu beschleunigen, hätten die Regierenden es nicht verstanden, aus dem politischen und wirtschaftlichen Kriege einen kulturellen oder wenn man will, einen zivilisatorischen zu machen. Die großen zündenden Ideen der Verteidigung von Haus und Hof, die in einem Agrarland wirksamer sind als in einem Industriestaat, der Demokratie, des Völkerbundes, der Gerechtigkeit haben die Ententevölker immer aufs neue, wenn der Kriegswille zu erlahmen drohte, zu begeistern vermocht, haben ihnen vor allem den schließlich ausschlaggebenden Verbündeten zugeführt (womit natürlich nicht gesagt werden soll, daß Amerika tatsächlich nur aus Idealismus in den Krieg gezogen ist). Diese Verschiebung aber von den politischen (und wirtschaftlichen) Kriegszielen, die die Regierenden selbstverständlich im Auge behielten, zu den ideellen, um derentwillen die Völker kämpften, hat zur Folge gehabt, daß die Friedenskonferenz das Erbe dieser Kriegsführung antreten mußte und daß die Verhandlungen durch den Umstand besonders kompliziert wurden, daß die politischen und ideellen Forderungen zwar in gleichem Maße befriedigt werden sollten, in wesentlichen Punkten aber zueinander in Widerspruch standen. Inwiefern die Völkerbundidee hemmend auf den Gang der Verhandlungen eingewirkt hat, ist bereits neulich (Heft 28) an dieser Stelle angedeutet worden: schon darin, daß die Friedenskonferenz nicht eine Welt- oder Völkerkonferenz, sondern lediglich eine Siegerkonferenz war, lag ein schwer belastender Widerspruch zu dem idealen Geiste, in dem diese Versammlung eigentlich geführt werden sollte. Aber auch die Konferenz der siegreichen Politiker war diesmal nicht imstande, ohne weiteres nach den klaren Grundsätzen früherer Kabinettskoalitionen zu verfahren. Das einfachste nämlich, dem Besiegten soviel, wie irgend mit den Anforderungen der Klugheit vereinbar war, abzunehmen, wurde nicht nur durch die Ideologie des Selbstbestimmungsrechts der Völker behindert, sondern auch durch die eigenartige Sachlage, daß ein Teil der früheren Gegner plötzlich und gleichsam automatisch, jedenfalls ohne daß man sich über die Folgen dieser Tatsache ganz klar geworden war, zu Bundesgenossen geworden, ein Teil der früheren Bundesgenossen aber als Gegner und zwar als unbezwungener Gegner dastand. Unmöglich konnte man Tschechen und Südslawen für die Folgen eines mit Österreich und Ungarn gemeinsam geführten Krieges einstehen lassen, während der einstige russische Bundesgenosse durch seinen Einfluß auf die deutsche Revolution bewies, daß er sehr wohl in der Lage war, sich in einen gefährlichen Feind zu verwandeln. Realpolitischen Weitblick bewies in dieser Lage nur der „Ideologe“ Wilson, der, während die kurzfristigen Politiker sich an das nächstliegende, den Frieden mit Deutschland, und auch da nur wieder an das allernächste: die Bestimmung der Rheingrenze machten, klar erkannte, daß ohne Mitwirkung Rußlands von einem wirklichen Friedensschluß mit Deutschland,

geschweige von einem Weltfrieden nicht die Rede sein konnte. So ist es zur Einladung sämtlicher russischer Parteien und Teilstaaten auf die Brinkipo-Inseln gekommen.

Die Wahl der Brinkipo-Inseln selbst stellte allerdings schon wieder einen Kompromiß dar. Das einfachste wäre natürlich Paris gewesen, aber dagegen hatten sich die Franzosen gesträubt. Nicht nur aus Furcht, die bolschewistische Propaganda nach Paris zu ziehen, sondern auch grundsätzlich. Mit den Bolschewisten verhandeln, mit Banditen? Jamais! Damals, im Januar, hielt man den Bolschewismus noch für eine vorübergehende Erscheinung, bewies allwöchentlich, daß er in sich selbst zusammenbrechen müßte und berichtete täglich von Anzeichen dieses Zusammenbruchs. Dasselbe glaubten auch offenbar die Vertreter der russischen Randstaaten und Gegenparteien, weshalb sie sich denn fast ohne Ausnahme weigerten, der Einladung nach Brinkipo zu folgen, mindestens aber die Einladung unbeantwortet ließen. Die Konferenz kam also nicht zustande, womit den Franzosen, die an ihre Milliarden dachten, ein Stein vom Herzen fiel. Aber Wilson ließ sich nicht entmutigen. Er schickte eine Untersuchungskommission nach Moskau, die, als sie Ende März zurückkehrte, einen im Einvernehmen mit der Bolschewistenregierung aufgestellten Plan eines Waffenstillstandes und Friedensvertrages mitnahm, in welchem Einstellung der Auslandspropaganda, Selbstbestimmungsrecht der Randvölker, Amnestie für die Bekämpfer der Moskauer Regierung und Bezahlung der russischen Auslandsschulden zugestanden wurden. Inzwischen aber waren die zahlreich in Paris vertretenen Anhänger des alten russischen Regimes nicht ohne Erfolg tätig gewesen, einflußreiche französische Kreise für sich zu gewinnen. Man hielt den Franzosen vor, daß ein Abschluß mit den Bolschewisten, die Frankreichs Interessen in Brest-Litowsk verraten hatten, wiederum Verrat des alten Bundesgenossen sein, daß Fortdauer des Bolschewisten-Regimes wirtschaftliche Durchdringung Rußlands durch Deutschland und die Fortdauer des Zweibundes unmöglich machen, daß Anerkennung der Bolschewisten Anerkennung antikapitalistischer Tendenzen bedeuten würde, wahrscheinlich ist auch, daß die Franzosen, die damals in Odessa saßen, hofften, vermittelt ihrer Einmischung festen Fuß in Konstantinopel zu fassen. Dann aber machten neue Ereignisse, der Umsturz in Ungarn und die Räumung Odessas, ein Verhandeln, das jetzt vollends als Schwäche hätte ausgelegt werden können, erst recht unmöglich, ein Eingehen auf Verhandlungen wäre einer moralischen Unterstützung des Bolschewismus gleichgekommen, dessen Übergreifen auf Deutschland gerade damals wieder lebhafter gefürchtet wurde, eine Bolschewisierung Deutschlands aber hätte all die sehnlichst erwarteten Enschädigungsmilliarden in Frage gestellt. Andererseits aber bewiesen gerade die Vorgänge auf der Schwarzen Meerflotte, das immer ungeduldigere Verlangen nach Demobilisierung und die zunehmende Opposition der Sozialisten, daß an eine militärisch entscheidende Intervention in Rußland nicht zu denken war. Und da der von Monat zu Monat erwartete Sturz der Bolschewisten noch immer nicht eintreten wollte, blieb nur eine Hoffnung: der Diktator von Westsibirien, der Admiral Kolttschal, der zu Beginn des Frühlings bedeutende Erfolge gegen die Bolschewisten errungen hatte.

Allerdings bestanden auch hier Schwierigkeiten. Da Kolttschal als Reaktionär galt, mußten zunächst die Besorgnisse der russischen Demokraten, der Vertreter der Randstaaten, sowie die Bedenken der englischen und französischen Sozialisten beseitigt werden. Dies wurde versucht durch einen Notenwechsel. Die Entente versprach, den Admiral mit Kriegsmaterial zu unterstützen, falls er sich verpflichten wollte, sobald er in Moskau eingerückt sei, zur Wahl einer Konstituante auf demokratischer Grundlage zu schreiten (sofern man nicht den sofortigen Zusammentritt der Konstituante von 1917 vorzöge), ferner in den von ihm besetzten Gebieten die Wahl von Gemeindevertretungen zu sichern, den Schutz bürgerlicher und religiöser Freiheiten zu verbürgen, die Unabhängigkeit Finnlands und Polens anzuerkennen, wobei Grenzstreitigkeiten durch den Völkerbund entschieden werden sollten, die Autonomie Estlands, Litlands, Lettlands, Kaukasiens und Transkaspiens bis

zu endgültigen, im Zweifelsfalle durch Vermittlung des Völkerbundes klarzustellenden Entscheidungen anzuerkennen. Die Antwort des Admirals ließ nicht auf sich warten. Die Übernahme der Auslandsschulden, die notwendigen Reformen im Inneren wurden zugestanden. An eine Berufung der Konstituante von 1917 könne nicht gedacht werden, da sie nicht den freien Ausdruck des Volkswillens darstellte, sondern unter dem Druck extremistischer Elemente zustande gekommen wäre und eine große Anzahl ihrer Teilnehmer jetzt in den Reihen der Bolschewisten ständen. Die Berufung einer neuen Konstituante wurde dagegen als eine Selbstverständlichkeit zugestanden, allerdings unter folgender reichlich unbestimmter Formulierung: „Ich werde die Macht nicht einen Tag länger behalten, als das Interesse des Landes es verlangt. Sobald der Bolschewismus endgültig niedergeworfen sein wird, wird es mein erster Gedanke sein, das Datum der Wahlen zur Konstituante zu bestimmen.“ Dann aber schlug er die Entente sofort mit ihren eigenen Waffen, indem er die Unabhängigkeit Polens und die finnische Regierung zwar anerkannte und die „Mitarbeit und Vermittlung“ (nicht Entscheidung!) des Völkerbundes dankbar annahm, alle endgültigen Entscheidungen jedoch betreffs der polnischen Grenzen, der finnischen Frage, des Schicksals der Randstaaten, sowie Bessarabiens, der noch gar nicht bestehenden Konstituante vorbehielt, womit praktisch so gut wie nichts zugestanden wurde. Dies wurde von Ententeseiten jedoch höflich übersehen und da der vom Kaukasus aufrückende General Denikin, ebenso wie der Führer der finnischen Expedition, General Zudenitsch, Kolttschak als Oberbefehlshaber anerkannten, da Kolttschak wie Denikin militärisch gut vorankamen und Anfang Juni sogar der Fall Petersburgs erwartet wurde, so war man überzeugt, daß man noch in diesem Jahre auf eine endgültige Regelung der russischen Frage rechnen könnte. Doch das Unglück schritt schneller als man hatte absehen können. Petersburg konnte aus allerlei Gründen u. a. aus Eifersüchtelei gegen die Finnländer nicht genommen werden, und die glänzenden Erfolge Denikins, der von der Überführung bolschewistischer Truppen nach Petersburg profitierte, wurden völlig in Frage gestellt durch eine vernichtende Niederlage Kolttschaks, der in der Hoffnung auf einen schnellen Reklameerfolg seinen Vorstoß offenbar nicht sorgfältig genug vorbereitet hat, eine Niederlage, deren katastrophale Folgen sich noch jetzt z. B. im schwerwiegenden Fall von Zekaterinburg, dem Zentrum des Uralbergbaus, bemerkbar machen. Ferner erklärten sowohl die russischen Republikaner wie die Vertreter der Randstaaten die Garantien Kolttschaks für ungenügend, und schließlich nahmen Saffonow, Maillatow und der Fürst Dwow Konstantinopel für die Kolttschakregierung in Anspruch. Dabei ist die militärische Lage in der Ukraine und in den Ostseeprovinzen vorläufig ungeklärt, die Finnländer scheinen zurückgeschlagen zu sein, im Rücken der Kolttschak-Armee werden ernsthafte Unruhen gemeldet, die englische Flotte hat vergeblich versucht, den Zugang nach Petersburg zu forcieren und die unglückliche Archangelsk-Expedition, von der die Amerikaner sich bereits Ende Mai zurückgezogen haben, kann ähnlich wie die einstige auf Gallipoli nicht leben und nicht sterben. Andererseits wächst mit jedem neuen Mißerfolg Kolttschaks der Einfluß Japans, das in kluger Berechnung Kolttschak zuerst anerkannt hat. Die Lage ist also für die Entente überaus trübe, besonders da auch an eine endgültige Lösung der rumänischen, damit aber auch der österreichischen und Balkanfrage vor Regelung der russischen Verhältnisse nicht gedacht werden kann.

Unklar ist bei alledem die Rolle, die England gespielt hat und weiter zu spielen beabsichtigt. In der deutschen Presse ist behauptet worden, daß Lloyd George der geistige Vater des Prinkipo-Gedankens gewesen ist, aber in Frankreich hat man davon bis jetzt nichts gewußt, sondern allein Wilson dafür verantwortlich gemacht. In der englischen Öffentlichkeit wird für und wider die Intervention heftig gestritten. Die Regierung scheint sich also noch nicht für eine bestimmte russische Politik entschieden zu haben und gewillt zu sein, sich einstweilen abwartend zu verhalten. Einerseits hat man natürlich ein Interesse daran, daß Rußland durch fortdauernde innere Kämpfe weiter geschwächt wird, und möchte im Hinblick auf eine zu erstrebende Ostseesuprematie Gelegenheit behalten, dauernd in den

Ostseeprovinzen und im Kampf um Petersburg einzugreifen — Osel kann schon jetzt als endgültige englische Kolonie betrachtet werden, vielleicht, durch den Völkerbund, auch die Ålandsinseln, um die noch immer diskutiert wird, — ferner, im Hinblick auf die während des Krieges errungenen Pfandrechte an russischen Bergwerken und Waldungen, deren Höhe 1917 laut „Bremja“ 10 Milliarden Rubel betrug, mit den Bolschewisten, falls diese Sieger bleiben sollten, auf gutem Fuße zu stehen, endlich kann es England, im Gegensatz zu Frankreich, das in Polen mit Recht nur einen ungenügenden Ersatz für den russischen Verbündeten sieht, nur recht sein, wenn der russische Koloss zerschlagen wird. Andererseits aber fürchtet man den Bolschewismus nicht so sehr in Europa, wie in Mittelasien (Turkestan), fürchtet auch die Schwächung des eigenen Prestiges und die Ansteckung der eigenen Truppen, die man zudem an andern Stellen, namentlich in Ägypten, vielleicht auch in Indien nötig hat und endlich möchte man natürlich auch gerne Ruhe haben. Unter dieser Unentschiedenheit aber leidet die gesamte Aktion der Verbandsmächte sowohl wie der russischen Antibolschewisten.

Die ganze Frage ist die, werden die Bolschewisten sich halten können oder nicht. Das kann augenblicklich anscheinend kein Mensch mit Sicherheit beantworten. Einstweilen sucht man englischerseits ihren Sturz durch Aufrechterhaltung der Blockade zu beschleunigen. Aber von liberaler Seite sowohl wie von den russischen Patrioten selbst wird geltend gemacht, daß darunter auch die nicht bolschewistischen Elemente leiden, ja bei steigender Not ihrem gänzlichen Untergange entgegengehen und daß damit nach Aufhebung der Blockade Deutschlands eine wirtschaftliche Annäherung Rußlands an Deutschland geradezu erzwungen würde. Auch die Amerikaner sind für eine Lebensmittelversorgung Rußlands. Bezeichnend scheint auch zu sein, daß man in der englischen Presse mit einer Reihe von Bolschewisten-Schauerermären wie der Nationalisierung der Frauen aufzuräumen beginnt. Sollten die neuerdings zahlreicher auftretenden Nachrichten, daß die Bolschewisten anfangen, in größerem Umfange zu kapitalistischen Organisationsmethoden zurückzukehren, zutreffen, was wahrscheinlich der Fall ist, so würde das bedeuten, daß sie sich aus einer Revolutions- in eine Staatsgewalt umzuwandeln im Begriff stehen. Ihre Ideen würden dann nach außen hin an Werbekraft verlieren, nach innen jedoch würde ihre Herrschaft, besonders da sie in Folge der Anerkennung Koltshats durch die Entente neuerdings wieder die Unterstützung der Menschewiki und eines großen Teiles der Sozialrevolutionäre gewonnen haben, bedeutend gefestigt werden können, so daß, falls nicht noch unvorhergesehene militärische Ereignisse eintreten, Aussicht besteht, daß der erste Völkerbundkongreß im Herbst sich mit den Tatsachen abfindet und die Bolschewistenmacht als Staat anerkennt.

Menenius

